



1080 Wien
Florianigasse 16 / 8
Tel. : 01 / 402 51 71
Fax :01 / 402 51 71 DW 23
e-mail: fgoe@fgoe.at
internet: <http://www.fgoe.at>

Wien, 04. November 2024

Betrifft: Aufforderung zur Aufnahme von Gehaltsverhandlungen 2025 im öffentlichen Dienst
Anhebung um pensionswirksamen Sockelbetrag in gleicher Höhe für alle

Herrn
Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Johannes Rauch
(per Mail an johannes.rauch@sozialministerium.at)

Herrn
Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport
Mag. Werner Kogler
(per Mail an werner.kogler@bmkoes.gv.at)

Sehr geehrter Herr Sozialminister!
Sehr geehrter Herr Beamtenminister!

Medienberichten zu Folge kam es bis dato zu keiner Aufnahme von Gehaltsverhandlungen für das Jahr 2025 im öffentlichen Dienst.

Diese Verweigerung der Aufnahme von Verhandlungen erweckt den Anschein eine Nulllohnrunde durchsetzen zu wollen, zumindest wurde dies von Vertretern der GÖD und youunion in einer OTS-Aussendung vom 31.10.2024 so dargestellt.

Als Vorsitzende der FGÖ (Freie Gewerkschaft Österreich) teile ich die Ansicht, dass dies eine absolute Geringschätzung gegenüber den Bediensteten des öffentlichen Dienstes wäre.

Der „Hinweis“ auf eine mögliche Nulllohnrunde lässt die Vertretung der FGÖ jedoch vielmehr vermuten, dass dieses Szenario medial als „worst case“ ausgerufen wird, um in weiterer Folge einen vermeintlich mäßigen Verhandlungserfolg einer Erhöhung unter der Inflationsrate nach dem Motto „Wir haben verhindert ...“ als großen Erfolg zu verkaufen.

Die maßgebliche Inflationsrate für die Gehaltserhöhung liegt bei 3,825%. Das würde bei einer gleich hohen Anhebung des Sockelbetrages einem Wert von knapp € 200,-- für alle öffentlich Bediensteten in gleicher Höhe entsprechen.

Es ist somit aus Sicht der FGÖ einmal mehr dringend geboten, einem weiteren Absinken der Kaufkraft und des Lebensstandards durch eine Gehaltserhöhung im Minimum der Abgeltung der Inflationsrate entgegenzuwirken.

Die FGÖ spricht sich darüber hinaus für eine Erhöhung in Form eines pensionswirksamen gleichen Fixbetrages für alle aus. Prozentuelle Erhöhungen stellen unserer Ansicht nach eine wesentliche Bevorzugung von besser Verdienenden dar. Die Erhöhung der Lebenserhaltungskosten im Bereich der Grundbedürfnisse treffen aber ALLE in gleichem Ausmaß.

Ich ersuche um rasche Aufnahme von Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst und eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden budgetierten Mittel, sodass für alle Bediensteten gleichermaßen zumindest die Erhaltung ihrer Kaufkraft gewährleistet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Bundsvorsitzende der FGÖ
NAbg. Irene Eisenhut